

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 78 (1991)
Heft: 1: Staatsbürgerliche Erziehung in der Staatskrise

Artikel: Die Staatsbürgerkunde ist tot : es lebe die politische Bildung!
Autor: Vontobel, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-526358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Staatsbürgerkunde ist tot – Es lebe die politische Bildung!

Jacques Vontobel

Staatsbürgerkunde hat es in einer Krisenzeit besonders leicht, sich zu verkaufen: Störungen sind Lern-Chancen! Jacques Vontobel stellt aber fest, dass die schulische Staatsbürgerkunde bis ins Mark faul ist – Staatskrise hin oder her – und abgeschafft gehört. Seine Analyse führt zu einem Plädoyer für eine politische Bildung im sozialen Nahraum.

Die Frage «Wie soll staatsbürgerliche Erziehung in der Staatskrise geschehen?» ist mir unheimlich, bereitet mir Unbehagen, macht mich aggressiv. Denn sie versteht die Problematik der schulischen «Staatsbürgerkunde» offenbar im Prinzip als ein Epiphanomen der aktuellen staatspolitischen Situation: Wenn die Staatskrise nicht wäre, müsste man sich auch nicht mit der staatsbürgerlichen Erziehung befassen! – Ich bin da entschieden anderer Meinung: Die schulische «Staatsbürgerkunde» ist bis ins Mark faul – unabhängig von politischen Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrisen! Ich halte es für gefährlich, den Blick vorschnell von diesem tragischen Grundsachverhalt weg auf den wechselnden Wellengang des staatspolitischen Geschehens als «primum agens» zu lenken. Eine «Staatsbürgerkunde», deren Grundkonzept überzeugt und sich als wirkungsvoll erweist, bedarf ja selbst inmitten von Staatskrisen keiner grundlegenden Überprüfung und Neuorientierung, ja sie erhielte dadurch sogar noch eine zusätzliche Bedeutung und ein besonderes Gewicht: sie würde dadurch noch mehr herausgefordert, präventiv gegen solche und ähnliche politischen Fehlentwicklungen zu wirken. Darüber hinaus:

In lernpsychologischer Sicht ist für die «Staatsbürgerkunde» kein motivierenderes Lernumfeld als das jetzige denkbar: Störungen sind Lern-Chancen! Wir interessieren uns nie so sehr für die Wasserversorgung, als wenn aus dem Hahnen kein Wasser mehr kommt!

Die folgenden Gedanken wollen skizzieren, wie die schleichende Krankheit der «Staatsbürgerkunde» grundsätzlich und unabhängig von einer «Staatskrise» diagnostiziert und behandelt werden müsste. «Behandlung» muss dabei allerdings mehr sein als irgendeine «antibiotische Kur». Notwendig ist eine «Erneuerung an Haupt und Gliedern», ein «Stirb- und Werde-Prozess»: Die «Staatsbürgerkunde» ist tot – es lebe die soziale, die politische Bildung! Vielleicht, vielleicht ergäben sich hieraus auch weniger politische Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrisen wie jene, unter der wir gegenwärtig leiden...

Die «Staatsbürgerkunde» serbelt dahin. Oft wird sie gar nicht mehr erteilt, obwohl sie gemäss Lehrauftrag müsste. Warum sich in der Schule noch mehr Misserfolgserlebnisse einhandeln...?

Die «Staatsbürgerkunde» beerdigen? Aber werden damit die Probleme gelöst, die sich dahinter verstecken? Was sind denn die *Gründe* für das Malaise?

Viele zucken resigniert die Achseln: «Was man nicht als Plausch servieren kann, kommt eben heute nicht mehr an!»

Die Erklärung «trockene Materie» geht aber der schleichenden Krankheit der «Staatsbürgerkunde» nicht auf den Grund. Es gilt nachzufragen: Muss «Staatsbürgerkunde» denn zwingend «trocken» sein? Ist sie überhaupt eine «Materie»?

Und: Ist «Staatsbürgerkunde» die richtige Bezeichnung für das, was man damit will?

Die Erklärung «trockene Materie» ist eine Entlastungs-Begründung, die zu kurz greift: Sie sieht die Schuld für die Schwierigkeiten einseitig bei den «verwöhnten» Schülern – so wie man mancherorts die «Schuld» für die geringe Stimmbeteiligung allein bei der «Faulheit» der Stimmbürger sieht. Die Ursachen liegen tiefer.

«Es» geht nicht, weil kein genügendes *Schülerinteresse* vorhanden ist. Fehlendes Interesse hat aber fatale lernökonomische Konsequenzen. Die Ergebnisse von pädagogischen Rekrutenprüfungen belegen dies mit schonungsloser Deutlichkeit.

Aber warum das geringe Interesse? – Interesse (wörtlich: «dazwischen sein») heisst, dass da eine Beziehung zwischen Lernendem und zu Lernendem besteht, dass das zu Lernende für den Lernenden eine *Bedeutung* hat, und diese Bedeutung treibt den Lernenden an, sich mit dem zu Lernenden näher zu befassen. Bedeutung erzeugt Lernmotivation.

Stossen wir zur Grundfrage vor: *Warum die geringe Bedeutsamkeit* der «Staatsbürgerkunde»?

Eine naheliegende *erste Erklärung*: Weil das Gelernte noch nicht handlungsrelevant werden kann.

Zweifellos: Die zeitliche Distanz zwischen Lernen und Anwenden ist der Lernmotivation nicht förderlich. Indes: Das Interesse am «Staat» steigt mit zunehmendem Alter nicht signifikant an¹, wofür auch die immer grösseren Nichtwähler-Anteile bei den über 20jährigen sprechen.

Eine *zweite Erklärung*: Der «Staat» wird dem jungen Menschen zu *abstrakt*, zu *formal* und zu *steril* präsentiert, ohne Be-



Jacques Vontobel, Dr. phil., Primarlehrer, Studium der Psychologie, der Soziologie und der Volkskunde an der Universität Zürich. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitspsychologie der ETHZ, Studienleiter am Institut für angewandte Psychologie Zürich. Seit 1976 Tätigkeit am Pestalozzianum (Lebens- und sachkundliche Fachstelle), daneben Lehraufträge und Vortragstätigkeit an Lehrerbildungsanstalten, höheren Fachschulen und Hochschulen.

ziehung zu seiner Erlebnis- und Erfahrungswelt, gleichsam als *soziale Institutionenkunde*.

Das gesetzmässige Funktionieren der staatlichen Gebilde aufzuzeigen, genügt offensichtlich nicht. Die jungen Menschen zweifeln ja kaum daran, dass das staatliche Gemeinwesen in irgendeiner Weise «funktioniert». Aber sie vermissen das, was diesem «Funktionieren» *Leben, Farbe und Spannung* verleiht, worin sich ihre Interessen einhaken und ihre alterstypischen Lebensbedürfnisse erfüllen könnten.

Eine *dritte Erklärung*: Junge Menschen wollen überhaupt mit «dem Staat» möglichst wenig zu tun haben. Sie versprechen sich nur Nachteile, aber keinen persönlichen Nutzen davon.

Man kann diese Einstellung entwicklungsmässig verstehen: Für junge Menschen, die sich mitten in der Ablösung von ihrer Herkunftsfamilie befinden, stellt der «Staat» oft gleichsam den Inbegriff dessen dar, wovon sie sich lösen möchten. Sie sehen den «Staat» als den «Staat der andern», als Domäne einer älteren, verkalkten Generation, von der sich ihr subkulturelles Bewusstsein abhebt. Der «Staat» repräsentiert für sie eine feindliche Gegenwelt, die Verkörperung der Privilegien der Erwachsenen im Kontrast zur diskriminierten Subkultur der Jungen.

Aber die Distanz zum Staat ist in jüngster Zeit nicht mehr nur ein Charakteristikum der Jungen, sondern auch der mittleren und älteren Generation. Es begann mit der Forderung grosser Parteien nach «weniger Staat». Den vorläufigen Höhepunkt der «Staatsverdrossenheit» hat die Aufdeckung staatlicher Machenschaften erzeugt, die mit der Vorstellung des Volkes als oberstem Souverän in Widerspruch stehen. Wozu soll man denn einen Staat kennenlernen, der offenbar vielfältig versagt hat und an vielen Übeln unserer Gegenwart schuld ist?

Ja, warum überhaupt «Staatsbürgerkunde»?

Was will denn die «Staatsbürgerkunde»? – Ihre Zielsetzungen finden sich in den schu-

lischen Lehrplänen. Sie lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen: Die Schüler sollen befähigt werden, ihre künftige Rolle als Staatsbürger wahrzunehmen; sie sollen die Voraussetzungen erhalten, um politisch mitwirken zu können.

Was sind das aber für Voraussetzungen? Hier liegt das *Grundproblem der «Staatsbürgerkunde»*. Denn diese Voraussetzungen bestehen nicht in der Kenntnis des «Funktionierens» des Staates. Dieses Wissen ist keineswegs Voraussetzung für die spätere politische Teilnahme – so wenig wie Tierliebe durch den Besuch einer Biologie-Vorlesung zustandekommt... Entscheidend sind gefühlsmässige und soziale, nicht wissensmässige Voraussetzungen: sich für die Gruppe, der man angehört, verantwortlich fühlen, seine Absichten und Bedürfnisse in der Gruppe geltend machen, sich nicht durch andere manipulieren lassen...

Dazu kommt, dass die traditionelle «Staatsbürgerkunde» – ohne sich dessen klar bewusst zu sein – ein *Vorwissen um grundlegende soziale Prozesse* voraussetzt, das in der Schule höchstens in Ansätzen vermittelt wird. Viele Begriffe aus der «Staatsbürgerkunde» (z.B. Gewaltentrennung, Zweikammer-System etc.) sind für den jungen Menschen letztlich nicht verständlich, weil ihm die bewusste Erfahrung der sozialen Probleme und Vorgänge fehlt, die *hinter* diesen Begriffen stehen und diese erst wirklich mit Sinn und Leben zu füllen vermögen: Verteilung von Macht, Kontrolle von Machtüberschreitung, Korruption von Macht usw. – Nur auf einem solchen Fundament hat die Vermittlung von Wissen über den Staat und seine Institutionen überhaupt einen Sinn.

Fazit: Die «Staatsbürgerkunde» erreicht den jungen Menschen nicht wirklich, weil sie ihm als ein Wissenspaket vermittelt wird, dem alles Leben ausgesogen worden ist, und weil sie nicht auf sozialen und gefühlsmässigen Grundfähigkeiten sowie auf einem Vorwissen um grundlegende soziale Prozesse aufbauen kann. Weil dieser Unterricht jenseits des Interesses- und Erfahrungshorizontes der jungen Menschen liegt, kann er ihnen das Thema «Staat» nicht nur nicht näherbringen, sondern recht eigentlich verleiden.

Politische Bildung im sozialen Nahraum

Die meisten Probleme, die im sozialen Makrokosmos, in der «Politik» auftreten, lassen sich schon im sozialen Mikrokosmos ausmachen: in Familie und Schulklasse, in Kameraden- und Freizeitgruppen, in Nachbarschaft, Quartier, Gemeinde usw. Hier wie dort geht es um das Austragen von Interessenkonflikten, um das Sich-einig-Werden über eine gemeinsame Ordnung, um deren Durchsetzung und Kontrolle, um die Bestimmung von Gruppen-Repräsentanten und so weiter. Vieles kann dabei von der «kleinen» auf die «grosse» Politik übertragen, *transferiert* werden.

Das Interesse an Fragestellungen aus dem sozialen Mikrokosmos ist ausgeprägt hoch, wenn diese aus dem Hier und Jetzt, aus dem sozialen Alltag der jungen Menschen gegriffen werden. Entscheidend ist, dass der soziale Alltag konsequent der politischen Bildung als Arbeits- und Übungsraum unterlegt wird. Indem man zum Beispiel einen Klassenrat bildet, kann man unmittelbares soziales und politisches Erleben stiften – und das ist besser, als über politische Vorgänge nur zu sprechen! Zusätzlich merken die jungen Menschen dabei: Der Weg vom Klassenrat bis zu den staatlichen Organen ist gar nicht so weit...

Politische Bildung – drei Lernziele

In der (sozialen und) politischen Bildung geht es nicht um ein Wissen, sondern um ein *Interessieren, Ermutigen und Befähigen*, um das *Einüben von sozialer und politischer Teilnahme*, und zwar innerhalb der Umwelt, in der sich der junge Mensch befindet. Aus dieser umfassenden Zielsetzung kann man drei konkrete Ziele ableiten, die in dieser Reihenfolge aufeinander aufbauen:

- Soziale und politische Bildung regt den jungen Menschen an, die sozialen Erscheinungen und Vorgänge in seiner Umwelt bewusst wahrzunehmen («*soziale Sensibilisierung*»)
- (Soziale und) politische Bildung lässt die jungen Menschen konkret *erleben*, wie sie in soziale und politische Fragen

hingestellt werden, die sie *persönlich* betreffen.²

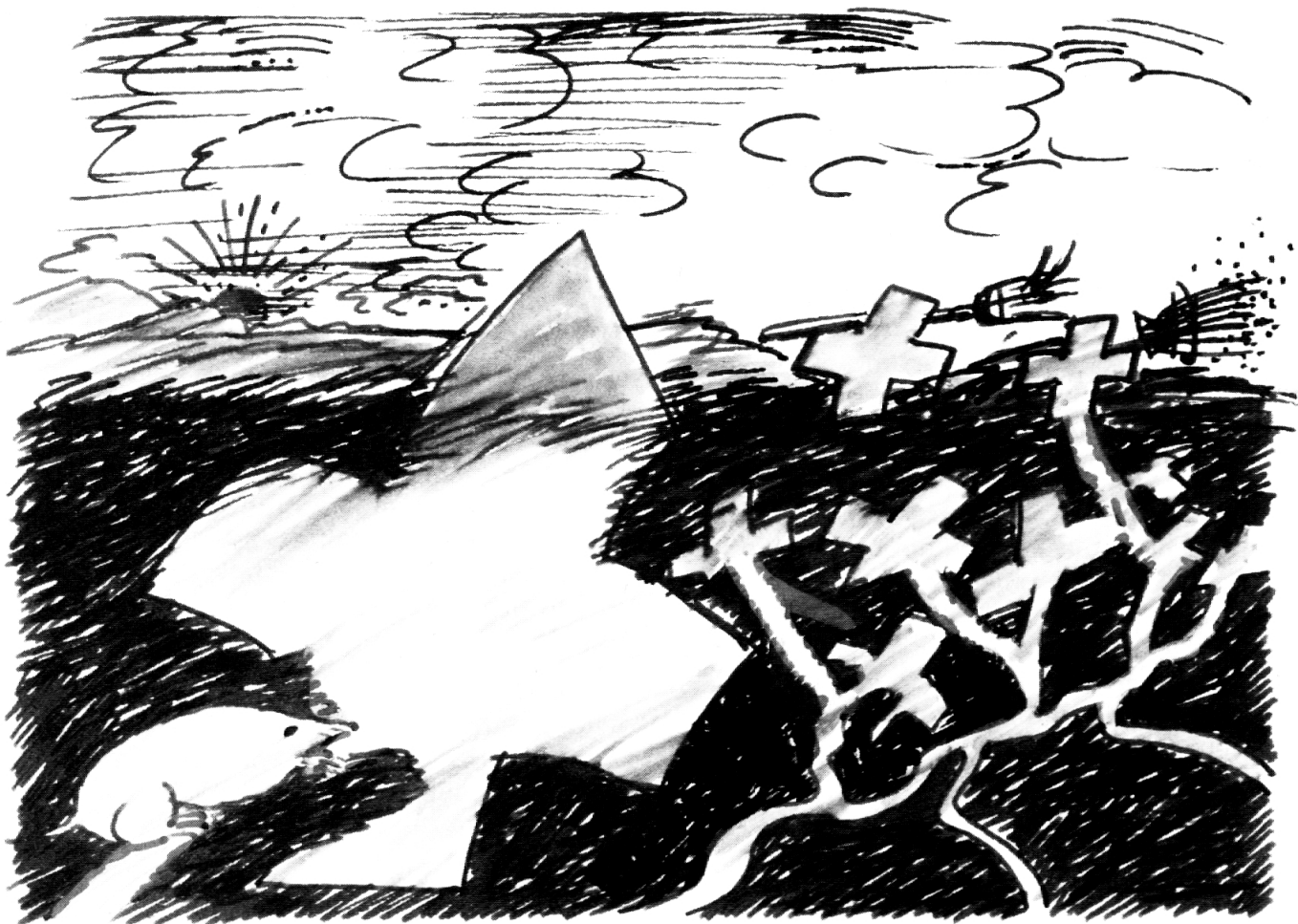
- (Soziale und) politische Bildung *ermutigt* die jungen Menschen zu *sozialem und politischem Handeln*.³

In der sozialen und politischen Bildung müssen wirklichkeitsnahe Aktionen und Projekte sowie konkrete Handlungsziele im Zentrum stehen. Unabhängig vom jeweiligen Thema geht es in jedem Projektunterricht darum, soziales und politisches Verhalten einzuüben, denn das Projekt muss ja von allen Mitwirkenden mitgetragen und mitverantwortet werden. Diese Mitsprache und Mitgestaltung macht jeden Projektunterricht zu einem Element der politischen Bildung. Ein Projektunterricht, der in die ausserschulische Welt hinausdringt, integriert die Schule zudem stärker in ihr soziales Umfeld, macht sie zur «Lebensschule» und verhindert so «Sandkastenspiele», die keine wirklichen Herausforderungen darstellen.

Wie die Umwelt für die politische Bildung erschlossen werden kann

Wenn die soziale und politische Umwelt der jungen Menschen zu einem interessierenden und ergiebigen Lerngegenstand werden soll, dann muss sie in einer bestimmten Weise «aufgebrochen» und erschlossen werden. In der Folge einige Beispiele von Möglichkeiten dieses «Aufschliessens»:

- *Altersgemässe Bedürfnisse und Probleme aussprechen!* Je mehr Interessen, Bedürfnisse, Gefühle, Erwartungen etc. ein Lerngegenstand anspricht, desto wirkungsvoller wird dieses Lernen. Fruchtbare Lernthemen für den jungen Menschen ergeben sich deshalb aus der Umbruchsphase der Pubertät: sich ändernde Rechte und Pflichten, alterstypische Gesellungsformen, «Ausflipp-Tendenzen», Problematisierung des bis anhin gültigen Ordnungsrahmens...



- *Aktualität ausnützen!* Aktuelle Vorfälle, die in die Erlebnis-, Interessen- und Handlungswelt des jungen Menschen hineinragen, machen betroffen und können als Einstiegsmöglichkeiten in allgemeinere soziale und politische Fragestellungen benützt werden.
- *Störungen sind Lern-Chancen.* Störungen ist der Reiz des Ungewohnten eigen. Sie durchbrechen eine Ordnung, die der junge Mensch zumeist als langweilig erlebt. Sie schaffen eine neuartige Situation, die Spannung erzeugt und als Denkanstoss wirkt, ihrer Ursache nachzugehen.
- *Abstraktes vermenschlichen!* Viele abstrakte soziale und politische Sachverhalte füllen sich durch eine «Personifizierung» mit Leben – betreffe dies nun die «Kontrolle der sozialen Ordnung» oder den Schutz von Minderheiten!
- *Bekanntes verfremden!* Die Selbstverständlichkeit (und oft auch Langweiligkeit!) der eigenen sozialen Umwelt kann zum interessierenden Thema werden, wenn man sie mit einer ganz andern Umwelt konfrontiert oder sie mit fremden Augen betrachtet.
- *Mit der eigenen Umwelt experimentieren!* Gezielte kleine Veränderungen im gewohnten Ablauf des täglichen Geschehens machen die soziale Umwelt zum spannenden Beobachtungsobjekt...
- *Ist-/Soll-Vergleiche.* Bereiche der sozialen Umwelt werden mit entsprechenden Wünschen, Erwartungen und Idealvorstellungen konfrontiert. Daraus resultierende Diskrepanzen ergeben motivierende Gesprächsanstösse.

Anmerkungen

- 1 Vgl. J. Vontobel: Was meinen die Schüler? Zu den Interessen und Problemen heutiger Schüler. Zug: Klett & Balmer 1980.
- 2 Vgl. etwa J. Vontobel: Ich bin vierzehn. Zug: Klett & Balmer 1983
- 3 Beispiele für entsprechende Projekte finden sich in J. Vontobel und F. Künzler: Politik zum Anfassen. Zug: Klett & Balmer 1984.

Offene Stellen

Schulheim
Schloss Kasteln
5108 Oberflachs

Kleines, aufgestelltes und initiatives Lehrerteam sucht auf den Sommer 1991

Kollege/in

als Lehrer/in für die Oberstufenabschlussklasse von 6–8 verhaltensauffälligen, normalbegabten Jugendlichen. Eine heilpädagogische Ausbildung ist wünschenswert oder kann berufsbegleitend erworben werden.

Wir bieten:

- Unterstützung im Team
- Supervision
- Interne Weiterbildung
- Pädagogisches Konzept

Wir erwarten:

- Interesse für die Arbeit an Verhaltens- und Lernstörungen
- Teambereitschaft
- Lust an Herausforderungen
- Positives Denken

Fühlen Sie sich angesprochen
so rufen Sie doch bitte an und verlangen Sie
Herrn R. Weiss, Tel. 056-43 12 05.



Kanton Basel-Landschaft

Gemeinde Bubendorf BL

Wir suchen auf Beginn des Schuljahres 1991/92
(ab 12. 8. 91) für eine neu geschaffene
Einführungsklasse (Kleinklasse A),

1 Lehrerin/Lehrer

wenn möglich mit Spezialausbildung. Möglich ist ein Voll- oder Teil-Pensum. Wünschen Sie nähere Auskünfte, so wenden Sie sich an den Rektor Herrn M. Tschopp,
Telefon Schule 061-931 23 03.

Wir bitten Sie, Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen einzusenden bis 9. 2. 91 an Schulpflege Bubendorf,
Präsident Herrn Paul Niederberger,
Gstaltenstrasse 26, 4416 Bubendorf,
Telefon 061-931 28 68.